

Jürgen Vahle

Ja, mir san mit'm Radl da – über ein Volksbegehren 411

Abhandlungen

Alfred Scheidler

Gemeindliche Satzungen nach § 22 BauGB zur Sicherung des Fremdenverkehrs. 413

§ 22 BauGB ermöglicht es Gemeinden, die ganz oder überwiegend durch den Fremdenverkehr geprägt sind, insbesondere die Bildung von Wohnungseigentum einem Genehmigungsvorbehalt zu unterwerfen, um damit Fremdenverkehrsfunktionen zu sichern. Regelungstechnisch kann dies durch einen Bebauungsplan oder durch eine sonstige Satzung geschehen.

Zu Anwendungsfragen des § 22 BauGB hat sich jüngst das BVerwG geäußert, was zum Anlass genommen wird, die Vorschrift insgesamt einer Betrachtung zu unterziehen.

Arne Wöhler/Jasmin Schul

Das Vorverfahren der §§ 68 ff. VwGO im Ländervergleich 2025 – Teil 1 418

Das Vorverfahren gem. §§ 68 ff. Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), das grundsätzlich vor Erhebung einer Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage durchzuführen ist, war lange Zeit ein fester Bestandteil des Verwaltungsprozessrechts. Dabei sollte es nicht nur zur Entlastung der Verwaltungsgerichte beitragen, sondern zugleich den Rechtsschutz des Bürgers stärken und die Selbstkontrolle der Verwaltung fördern. Mit der Einführung der Öffnungsklausel des § 68 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 VwGO wurden die Länder ermächtigt, Ausnahmen von diesem Grundsatz zu regeln. In den 2000er-Jahren entwickelte sich daraufhin ein Trend zu Modifizierungen oder sogar weitgehenden Abschaffung des Vorverfahrens.

Diese Entwicklung hat in der rechtswissenschaftlichen Literatur eine Vielzahl kontroverser Diskussionen ausgelöst. Zugleich spielt das Vorverfahren in der Verwaltungspraxis weiterhin keine unbedeutende Rolle und ist nach wie vor Gegenstand anhaltender Reformüberlegungen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob sich der Trend zur Abschaffung fortsetzt oder ob das Vorverfahren derzeit gar eine Art Renaissance oder Fortentwicklung erlebt. Im Rahmen dieses Beitrags soll diese Frage durch eine systematische Analyse der Entwicklung des Vorverfahrens in den Ländern seit Einführung der Öffnungsklausel beantwortet werden.

Andreas Haußer

Abgrenzung staatlichen Verwaltungshandelns von zielorientierter Steuerung. 423

Der Begriff der „zielorientierten Steuerung“ hat nicht nur in der Betriebswirtschaftslehre eine Relevanz, sondern auch für die öffentliche Verwaltung. Unter dem Begriff „New Public Management“ (NPM) wird seit den 90er-Jahren ein Reformkonzept der öffentlichen Verwaltung zusammengefasst; ein anderer Name dafür ist „Neues Steuerungsmodell“ (NSM). Wie schon die Begriffe vermuten lassen, soll(t) en verstärkt privatwirtschaftliche Managementkonzepte in die öffentliche Verwaltung eingebracht werden. Analysiert man allerdings die Grundsätze staatlichen Verwaltungshandelns, fallen Alleinstellungsmerkmale gegenüber der Privatwirtschaft auf, die es wert sind, näher betrachtet zu werden, weil hier die Ursache dafür liegen könnte, warum zielorientierte Steuerung bspw. in einem Ministerium auf Schwierigkeiten stoßen kann.

Fallbearbeitungen

Marcel Raschke

Fallübung – Der autarke Tierfreund und seine Bauvorhaben – Tierhaltung im baulichen Außenbereich 428

Gegenstand der Fallübung ist die Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Beseitigungsverfügung. Thematisch geht es um die Privilegierung landwirtschaftlicher Vorhaben im Außenbereich gem. § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB.

Ralf Schmorleiz

Eine Sitzung des Verbandsgemeinderats Georgstal und viele kommunalrechtliche Fragen 431

Bei dieser Fallbearbeitung aus dem rheinland-pfälzischen Kommunalrecht geht es u.a. um Zugangsregelungen für das Rathausgebäude, den Widerspruch gegen eine Grundsteuerfestsetzung, die Aussetzung eines Beschlusses nach § 42 GemO sowie eine Wahlbeschwerde.

Oliver Junk/Matthias Wiener/Gedeon Winzer

Ehrenamt im Pyjama 436

Gegenstand der Fallbearbeitung zum Kommunalverfassungsrecht Sachsen-Anhalt sind u.a. die Rechtmäßigkeit einer Änderung der kommunalen Hauptsatzung (formelle und materielle Rechtmäßigkeit des Beschlusses), Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde sowie Ladung zur und Form einer Ausschusssitzung.

Kurzinformationen und Splitter

Splitter – Risiken von KI-Tools beachten und darauf reagieren. 426

Kurzinformation – Änderung des Telekommunikationsgesetzes 427

Rechtsprechung

Eine justizielle Hängepartie: Zum Rechtsstreit um die Besetzung des Präsidentenamts beim OVG Münster (BVerfG, Beschluss vom 7.8.2024 – 2 BvR 418/24) 440

Kein Verlust der Beamtenrechte bei Verurteilung durch ausländisches Strafgericht (BVerwG, Urteil vom 4.9.2025 – 2 C 13/24) 443

Abschied vom „Phantom“ der doppelten Verfassungsunmittelbarkeit (BVerwG, Urteil vom 26.3.2025 – 6 C 6.23) 444

Polizeiliche Videoüberwachung eines Weihnachtsmarkts (OVG Lüneburg, Beschluss vom 31.7.2024 – 11 LA 498/23) 446

Bekanntgabe eines Verwaltungsakts, Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis (OVG Münster, Urteil vom 26.6.2024 – 11 A 2101/23) 448

Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter im Rahmen eines (Fußball-)Fanprojekts? (AG Karlsruhe, Urteil vom 28.10.2024 – 17 Cs 530) 449

Beweiswert einer in einem Nicht-EU-Land erstellten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (BAG, Urteil vom 15.1.2025 – 5 AZR 284/24) 450

Buchbesprechungen

452

Die Schriftleitung